

Erlangen, den 28.1.16

Stadtrat 2/2016, TOP Anfragen in öffentlicher Sitzung
ANFRAGE zu Ferienentlassung von LehrerInnen

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit, nehmen zum Beginn der Sommerferien die Arbeitslosmeldungen von LehrerInnen um 500% zu. Grund sind Zeitverträge, die jeweils vor den Sommerferien enden – nach den Ferien gibt es den nächsten Zeitvertrag. Die Konsequenzen für die Schulen (keine Planungsmöglichkeit) und die Betroffenen (Arbeitslosmeldung, unsichere Zukunft) sind bitter.

Letztlich bereichert sich der Dienstherr (z. B. das Land Bayern) auf Kosten der Betroffenen, der Optionskommune und der BeitragszahlerInnen.

Wir bitten im Stadtrat im Februar unter TOP Anfragen um mündliche und schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie wirkt sich diese Praxis auf die Rentenansprüche aus ?
2. Wie wirkt sich diese Praxis auf den Krankenversicherungsschutz aus ?
3. Muss man Betroffenen davon abraten, zum Personalrat zu kandidieren, da sie bei „zu engagierter Interessenvertretung“ mit Nichtverlängerung ihres Vertrags rechnen müssen ?
4. Gibt es diese Praxis auch an städtischen Schulen, oder unterscheidet sich die Stadt hier positiv vom Freistaat ?
5. Gibt es LehrerInnen, die von der o.g. Praxis betroffen sind, und Hartz 4 (ALG2) beziehen ?
6. Wenn ja: Wird vom Schulträger Schadensersatz gefordert ?

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)

Anton Salzbrunn
(Stadtrat)